

Freie Demokraten



Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juli 2020

Kreistag

Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause die Übernahme des Gymnasiums Tutzing beschlossen. Die Gemeinde war mit dem Unterhalt und der Instandsetzung des Gebäudes finanziell überfordert. In den nächsten Monaten wird ein Sanierungsplan vom Landkreis erarbeitet. Die FDP hat sich für die Übernahme ausgesprochen, da wir die Notwendigkeit erkannt haben, Schülern und Lehrern einen Lernraum zu schaffen, der für moderne Pädagogik erforderlich ist. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass keine zu hohen Erwartungen geweckt werden dürfen, da neben der Generalsanierung des Tutzinger Gymnasiums auch der Neubau des Herrschinger Gymnasiums ansteht, sowie die FOS in Starnberg zur Planreife gebracht werden soll.

Heftig diskutiert wurde die Frage, ob Kreistagssitzungen künftig per Livestream übertragen werden sollen. Mit nur einer Stimme Mehrheit sprach sich das Gremium dafür aus, eine Abfrage unter Mitarbeitern und Kreisräten zu starten, wie die Bereitschaft sei, bei Sitzungen online zu sehen zu sein. Wir haben uns für einen Livestream ausgesprochen, da die Digitalisierung auch vor dem Kreistag nicht Halt macht. Für uns sind Live-Übertragungen eine Chance für all diejenigen Menschen, die nicht die Möglichkeit haben, am Montagvormittag in die Kreistagssitzung zu kommen, auf diesem Weg aber an der politischen Diskussion um die Belange des Kreises teilhaben können.

Auch die Einrichtung eines Pflegestützpunktes fand unsere Zustimmung, allerdings haben wir darauf hingewiesen, dass der Nutzen dieser Einrichtung nach einem gewissen Zeitraum evaluiert werden muss, ob hier keine Parallelstrukturen zu bereits bestehenden Einrichtungen geschaffen werden.

Gefreut haben wir uns über die einstimmige Aufstockung des Aufsichtsrats der Starnberger Kliniken und damit über die Wiederwahl von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in dieses Gremium, das in den nächsten Jahren mit der Fusion der Krankenhäuser Seefeld und Herrsching beschäftigt sein wird.

Gauting

Eine ihrer Kernpositionen des vergangenen Kommunalwahlkampfes hat die Gautinger FDP-Ratsfraktion im Juli in Form eines Gemeinschaftsantrags in den Gemeinderat eingebracht: Zusammen mit 4 weiteren Fraktionen fordern wir die Planungen zum sog. Bebauungsplan 100 (ehem. AOA Firmengelände und Gebiet an der Pötschenerstraße) durch ein „Moratorium“ zu unterbrechen. Außerdem sollen alle neuen Gemeinderäte die Möglichkeit erhalten, über die Planungen



Juli 2020

folgenutzung der Räumlichkeiten des bestehenden Jugendhauses in der Weißlinger Straße zu erstellen.

Herrsching

Die Herrschinger bewegen in diesen Zeiten vor allem Themen, die mit dem hohem Besucher- aufkommen und dem Verkehr sowie der Rückkehr zum „normaleren“ Leben einhergehen. Das Thema Fahrradverbot wurde auf Antrag der FDP nun in der regulären Gemeinderatssitzung am 27. Juli verhandelt, um eine differenzierte Diskussion sicherzustellen. Der Sitzung wohnte auch unser Landrat Stefan Frey bei. Es wurde über entsprechende Anträge von Behinderten-, Seniorenbeirat und SPD entschieden. Für die FDP war es vor allem wichtig, ein pauschales Verbot, das auch Herrschinger Bürger und Kinder auf diesem sicheren Fahrradweg einschränkt, zu verhindern, solange es keine sichere Alternative gibt. Seit Jahren gibt es Überlegungen, die parallel verlaufenden Straßen in Fahrradstraßen oder eine Fahrradzone umzuwandeln. Diesem Konzept steht die FDP sehr offen gegenüber. Auf Anraten der Verkehrsmanagerin des Landkreises, Susanne Münster, wurde nun entschieden, dieses Thema im Arbeitskreis Verkehr weiter zu vertiefen. Somit war ein Fahrradverbot vom Tisch und die Gemeinde versucht nun stattdessen, mehr Aufmerksamkeit auf die vorhandene Fußgängerzone zu lenken, die für Fahrradfahrer freigegeben ist.

Ein weiteres Aufregerthema ist die Genehmigung von Veranstaltungen auf gemeindlichen Liegenschaften. Bürgermeister Schiller sieht sich hier derzeit aufgrund einer dünnen Personaldecke in der Verwaltung und haftungsrechtlichen Bedenken nicht im Stande, jedwede Veranstaltung zu genehmigen. Die FDP hatte sich klar gegen ein pauschales Verbot ausgesprochen. Wir haben auf die Beispiele „Sommer in der Stadt“ (München) und „Kino auf der Seine“ (Paris) verwiesen und angemerkt, dass nicht nur die Bevölkerung nach der harten Coronazeit nach draußen strebt und Ablenkung sucht, sondern die Existenzen vieler Künstler, Kulturschaffenden und Gastronomen stark gefährdet sind. Als Kompromiss konnte man sich immerhin darauf einigen, das Verbot nur bis Ende September zu befristen.

In der wohlverdienten Sommerpause wird der Ortsverband nun an weiteren Themen arbeiten, die die Herrschinger und zahlreichen Gäste umtreiben: Mücken- und Zerkarienplage, Verschlammung des Ufers im Bereich Breitbrunn, sowie neue Mobilitäts- und Parkkonzepte.

Freie Demokraten



Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juli 2020

Inning

In der Juli-Sitzung des Gemeinderats bestand Konsens zur Wiedereinrichtung eines wöchentlichen Wochenmarktes. In nächsten Schritt wird die Nutzbarkeit von Standorten, u.a. z.B. der Parkplatz hinter dem „Gasthof zur Post“ geprüft.

Der Gemeinderat beschloss zudem die Errichtung eines Bushäuschens am südlichen Ortseingang von Bachern und eine Verlegung der Haltestelle um wenige Meter. Die Freien Demokraten setzten sich für ein Bushäuschen im regionalen, dörflichen Stil ein, idealerweise eine Holzkonstruktion gefertigt durch einen regionalen Handwerksbetrieb. Mit knapper Mehrheit fiel jedoch die Entscheidung auf eine universelle Stahlglasskonstruktion.

Die Grundschule Inning beantragte die Beschaffung von 11 leistungsstarken Lehrer-Notebooks. Für ein zeitgemäßes digitales Lernen sowie für Videokonferenzen und digitale Lernangebote im Rahmen des Lernens zu Hause während der coronabedingten Schulschließung fehlten der Grundschule Inning bisher Notebooks mit ausreichender Leistung. Den Freien Demokraten in Inning ist es wichtig, dass die Lehrkräfte die für Lernen zu Hause und digitales, zeitgemäßes Lernen nötige IT-Unterstützung erhalten und ebenso die angebotenen Fortbildungen (z.B. digitale Fortbildungsangebote in MEBIS, Online-Fortbildungen zum digitalen Lernen,) besuchen können, damit die neu angeschaffte Hardware-Ausstattung auch im Sinne der Schüler genutzt werden kann.

Krailling

Die Verwaltung hat den FSK-Ausschuss im Juli 2020 davon informiert, dass ab September 2020 insgesamt 22 Krippen- und 46 Kindergartenplätze fehlen werden. Im Hort gibt es nach einer Aufstockung im letzten Jahr keinen Zusatzbedarf. Allerdings verpflichtet der Freistaat ab 2025 alle Gemeinden, Ganztagsbetreuung in der Schule zur Verfügung zu stellen. Erste Maßnahmen wie ein Waldkindergarten und ein neues Baurecht für eine Krippenerweiterung sind bereits auf dem Weg gebracht. Künftig wird Krailling aber nicht um eine weitere Betreuungseinrichtung herumkommen, so die Einschätzung der FDP-Gemeinderäte, die auch unkonventionelle Lösungen in Betracht ziehen.

Die lange erwartete Bewilligung der Städtebau-Fördermittel für die Gestaltung der Ortsmitte ist Anfang Juli 2020 im Rathaus eingegangen. Der Fördersatz beträgt 60% der förderfähigen Kosten (das sind die Mehrkosten für Barrierefreiheit, Granit, Sitzmöbel und dgl. gegenüber einem Standardausbau). Insgesamt ergibt sich eine Förderung von ca. 44% der Gesamtkosten. Der Bürgermeister hat hier – auch wenn von Einzelnen im INFO anders behauptet – mit der Firmenbeauf-

**Freie
Demokraten**



Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Juli 2020

nicht dringend notwendige Maßnahmen verschoben.

Wir konnten erfolgreich verhindern, dass das nächste Millionengrab für Starnberg in Form einer ewigen Sanierung der Musikschule daherkommt, wie von BMS und WPS gefordert wurde. Auch ein neues bürokratisches Verwaltungsmonster der Grünen für die Hortgebühren wird es nicht geben.

Wir haben für einen soliden Ausgleich im Haushalt 2020 gesorgt. Für die Zukunft muss sich Starnberg rüsten, nicht über die Verhältnisse zu leben und dabei die Einnahmen zu steigern. Hierzu bedarf es einer ergebnisoffenen Diskussion.

Wir Liberale stellen uns dieser Aufgabe und liefern die Ideen dazu.

Tutzing

In der Tutzinger Sitzung vom 7. Juli stand die Verabschiedung einer Geschäftsordnung auf der Tagesordnung. Eine der größten Veränderungen zur letzten war das Wegfallen des Rederechts von Gemeinderäten, die nicht in einem Ausschuss als Mitglied bestellt waren. Bisher waren hier neben dem nicht vorhandenen Stimmrecht zumindest ein Rede- bzw. Beitragsrecht. Der Musterordnung folgend wurde hier jetzt darauf verzichtet.

Im Anschluss wurden 16 Referate verteilt. Um diesen mehr Gewicht zukommen zu lassen, wurden die Bürgermeisterin und die Verwaltung gebeten, die jeweiligen Referenten bei Ihren Themen mehr einzubinden. Umgekehrt wird von den Referenten auch eine Schaffens- bzw. Erfolgsbilanz nach rund zwei Jahre eingefordert.

Ein weiterer kontrovers diskutierter Punkt war ein von Haupt-, Finanz und Werkausschuss vor-diskutierter Beschluss für die zentralen Tutzinger Grünanlagen. Dabei wurde abschließend beschlossen, dass Hunde grundsätzlich auf Kinderspielplätzen verboten sind und an der Brahms-promenade sowie dem verbindenden Weg bis zum Nordbad nur noch an der Leine zu führen sind.

Ein Antrag der GRÜNEN betreffend jeweilige Live Übertragung der Sitzungen aus Gemeinderat und Ausschüssen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dies auf Grund der damit verbundenen Kosten, dem zu erwartenden mangelnden dauerhaft/anhaltenden Interesse und der potentiell möglichen sowie dabei vor allem in falschem Zusammenhang zu setzenden Mitschnitten. Dem Vorwurf der Intransparenz steht die sowieso jederzeit mögliche Teilnahme an Sitzungen und der Begleitung durch die Presse entgegen.

